



Kleine Anfrage

der Abgeordneten Serpil Midyatli (SPD)

und

Antwort

**der Landesregierung - Ministerin für Soziales, Jugend, Familie, Senioren,
Integration und Gleichstellung**

Integrationsstrategie der Landesregierung

Vorbemerkung der Fragestellerin:

In der Berichterstattung über den Flüchtlingsgipfel der Landesregierung am 09.10.2023 wird die Ministerin für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung wie folgt zitiert:

„Wir wollen eine Integrationsstrategie für Schleswig-Holstein entwickeln, um in den Bereichen Wohnen, Bildung, Kita, Arbeit und Gesundheit noch besser zu werden“¹.

1. Welche konkreten Defizite in welchen Zuständigkeitsbereichen sieht die Landesregierung in den von Frau Ministerin Touré aufgezählten Bereichen?

¹ <https://www.shz.de/deutschland-welt/schleswig-holstein/artikel/opposition-fordert-mehr-integration-von-schwarz-gruen-in-sh-45653922>.

Antwort:

Die Auswahl der Schwerpunktbereiche der Integrationsstrategie (Wohnen, Bildung, Kita, Arbeit, Gesundheit) wurden im Rahmen des Migrationsgipfels am 09. Oktober 2023 mit den Landrätinnen/ Landräten, Oberbürgermeistern und kommunalen Landesverbänden vereinbart. Vorgegangen waren die von den kommunalen Landesverbänden mit Schreiben vom 28.09.2024 vorgetragenen Herausforderungen bei der Unterbringung von Flüchtlingen.

2. Wie ist der aktuelle Sachstand bei der Entwicklung der von Frau Ministerin Touré angekündigten Integrationsstrategie für Schleswig-Holstein?

Antwort:

Ein Entwurf der Integrationsstrategie wurde vom Ministerium für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung (MSJFSIG) fertiggestellt und befindet sich derzeit in der Abstimmung mit den beteiligten Ressorts und den kommunalen Landesverbänden.

3. Welchen Zeitplan sieht die Landesregierung hierfür vor?

Antwort:

Nach derzeitigem Stand soll die Beteiligung der Ressorts und Verbände, sowie die Einarbeitung der Rückmeldungen bis Ende Mai erfolgen. Die Strategie soll am 05. Juni im Rahmen einer gemeinsamen Veranstaltung vorgestellt werden.

4. Welche konkreten Maßnahmen beinhaltet diese Strategie?

Antwort:

Die Strategie bildet bereits bestehende, gut funktionierende Strukturen und Maßnahmen ab und zeigt auf, welche Anstrengungen Schleswig-Holstein bereits in vergangenen Jahren in Fragen der Integration unternommen hat. Davon ausgehend werden neue Ideen, die teilweise kurzfristig, teilweise langfristig umgesetzt

werden sollen, abgebildet. Da sich der Entwurf der Strategie noch in der Abstimmung befindet, kann das MSJFSIG dem Prozess nicht vorgreifen und noch keine konkreten Maßnahmen nennen. Das MSJFSIG verweist auf die kommende Veröffentlichung der Strategie.

Das MSJFSIG wird im Vorfeld der Veranstaltung im Juni die integrationspolitischen Sprecherinnen und Sprechern aller Fraktionen einladen, die Eckpunkte der vorstellen und gemeinsam mit den Abgeordneten erörtern.

5. Werden die kommunalen Landesverbände, die Wohnungswirtschaft sowie Kammern, Wirtschafts- und Sozialverbände sowie Gewerkschaften bei der Erstellung der Strategie und Ausführungsplanung beteiligt? Wenn ja, in welcher Weise erfolgt dieses?

Antwort:

Die Strategie wurde seit Oktober 2023 in mehreren Schwerpunktsitzungen sowie ergänzenden Formaten entwickelt.

Beteiligt waren regelhaft die jeweils zuständigen Fachministerien, die kommunalen Landesverbände und die Flüchtlingsbeauftragte. Die weiteren Teilnehmenden variierten themenspezifisch und wurden auf Vorschlag der Fachministerien dazu geladen. Geladen waren unter anderen Vertreter der Wohnungswirtschaft, der Industrie und Handwerkskammern, der Regionaldirektion Nord, der Bundesagentur für Arbeit, Vertreterinnen und Vertreter von Migrantenselbstorganisationen, Vertreterinnen und Vertreter der LEV der KITAS, die Landesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände, der Unternehmensverband Nord, Ärztekammer und Kassenärztliche Vereinigung, nachgeordnete Behörden des Landes und Vertreter einzelner Fachbereiche verschiedener Kommunen.

In den Schwerpunktsitzungen wurde insbesondere auf die Teilnahme von Personen, die aus der täglichen Praxis berichten konnten, Wert gelegt. Teilnehmende waren u. a. auch Vertreterinnen und Vertreter der Betreuungsvereine in den Landesunterkünften, ein zuständiger Schulrat und die Leiterin einer der Schulen in den Landesunterkünften, Vertreterinnen und Berater von Beratungsstellen, Ärzte und Traumaberaterinnen.

Insgesamt waren nahezu 100 Personen an der Erörterung und Erarbeitung von Vorschlägen beteiligt.

Die Gewerkschaften waren nicht Bestandteil dieser Sitzungen.

6. Welches Ressorts der Landesregierung werden bei der Erarbeitung beteiligt und wie erfolgt diese Beteiligung?

Antwort:

Die Federführung für die Vorbereitung und Durchführung lag beim Ministerium für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung. Entsprechend Ihres jeweiligen Zuständigkeitsbereich wurden das Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport, das Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur, das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus sowie das Ministerium für Justiz und Gesundheit in die Vorbereitung, Durchführung und Erarbeitung der jeweiligen Kapitel eingebunden.

Die zuständigen Fachministerinnen und Fachminister haben zusammen mit der Integrationsministerin jeweils die Sitzung zu Ihrem Schwerpunkt geleitet und gemeinsam die jeweiligen Ziele formuliert, auf deren Grundlage die Strategie entwickelt wurde.